

**KURIER**9 3 31 28  
TAGE STD. MIN. SEK.

## Fluglärm: 'Bürgerparteien haben mehr Rechte'

Für die Anrainer des Flughafens geht der Kampf um einen besseren Lärmschutz in eine heiße Phase. Der Umweltschützer rät zu kollektivem Auftreten.



Das Thema Fluglärm ist in Wien und NÖ seit Jahren ein Dauerbrenner.

Für Tausende Fluglärm-Betroffene in Wien und NÖ stehen entscheidende Wochen bevor. Bald erfolgt die öffentliche Auflage der Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) zur dritten Piste. Niederösterreichs Umweltschützer Harald Rossmann rechnet noch vor dem Sommer damit. Für all jene, die ihre Einwände gegen das umstrittene Projekt vorbringen möchten, "beginnt ab da eine Bombe zu ticken", sagt der Jurist. Er rät den Betroffenen dringend dazu, sogenannte Bürgerparteien zu gründen. "Denn die haben in der UVP mehr Rechte."

### Sechs Wochen Zeit

Ab der öffentlichen Auflage (siehe Hintergrund) haben Fluglärm-Geplagte sechs Wochen lang Zeit, um ihre Stellungnahmen bei der Behörde zu deponieren. Alle Einwände, die nicht innerhalb dieser Frist deponiert werden, gelten als "verschwiegen" – "das heißt, der Zug ist dann abgefahren", so Rossmann. Allerdings gebe es da einen Pferdefuß, warnt der Jurist: "Während der öffentlichen Auflage kann zwar jeder seine Einwände vorbringen, aber die Behörde ist nicht verpflichtet, diese Stellungnahmen auch zu berücksichtigen. Dieses Recht bleibt den Parteien vorbehalten. Und Parteienstellung kann jeder beantragen, der vom Emissionsverhalten betroffen ist." Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der "Bürgerinitiative für ein lebenswertes Enzersdorf/Fischa" wies Rossmann aber noch auf eine weitere Möglichkeit der Bevölkerung hin, im UVP-Verfahren Gehör zu finden.

"Ich rate allen – auch Personen, die schon Parteienstellung haben – dazu, Bürgerparteien beizutreten. Diese haben mehr Rechte als Einzelpersonen. Sie können nicht nur für subjektive Rechte kämpfen, sondern die Einhaltung aller öffentlich-rechtlichen Vorschriften einfordern. Unabhängig davon, ob ihre Mitglieder individuell betroffen sind."

Abgelehnt sei aufgrund solcher Einwände von Bürgerparteien zwar noch kein Projekt geworden, gibt Rossmann zu, "aber Modifikationen im Interesse der Öffentlichkeit gab es immer wieder – etwa bessere Naturschutzmaßnahmen." Bloß ein Nachtflugverbot könne nicht eingefordert werden. "Dafür gibt es keinen gesetzlichen Rahmen." Um eine Bürgerpartei zu gründen, müssen in einer der fünf Standortgemeinden oder in einer angrenzenden Ortschaft innerhalb der Sechs-Wochen-Frist 200 Unterschriften von Wahlberechtigten gesammelt werden. Und auch die Einwände sind während dieser Zeit zu deponieren.

#### LINKS

[Umweltschützer \(extern\)](#)

[Bürgerinitiative Enzersdorf \(extern\)](#)

Artikel vom 03.04.2008 16:52 | KURIER |

### NÖ Wahl 2008 - Ergebnisse



Alle Gemeinden, alle Bezirke,  
alle Ergebnisse der

Niederösterreichischen  
Landtagswahl 08. » zu den Ergebnissen